

Wir machen uns für Sie stark: Ihre CDU-Ratsfraktion:



Stefan Kruber
Fraktionsvorsitzender
Finanzpolitischer Sprecher



Robert Vollborn
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Umweltpolitischer Sprecher



Wolfgang Homeyer
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Baupolitischer Sprecher



Sigrid Schröter
Schatzmeisterin



Rainer Tschorn
1. Stellv. Stadtpräsident
Sportpolitischer Sprecher



Ratsfrau Erika Diehr
Kulturpolitische Sprecherin



Stephan Ehmke
Schulpolitischer Sprecher



Michael Frey
Personalpolitischer Sprecher



Kristina Herbst
Gesundheitspolitische
Sprecherin



Dietrich Huckriede
Abfallpolitischer Sprecher



Rainer Kreutz
Ordnungspolitischer
Sprecher



Bernhard Krumrey
Hochschulpolitischer
Sprecher



Sönke Lintzen
Ratsherr



Heinz Malonn
Seniorenpolitischer
Sprecher



Michaela Pries
Gleichstellungspolitische
Sprecherin



Ralph Roick
Wirtschaftspolitischer
Sprecher



Jan Wohlfarth
Sozial- und jugend-
politischer Sprecher

Ideen? Fragen? Sorgen? Probleme?

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!
CDU-Ratsfraktion, Rathaus 24009
Tel.: 0431-901-2524 oder -2526
Fax: 0431-901-63031
E-Mail: cdu-ratsfraktion@kiel.de
Internet: www.cdu-ratsfraktion-kiel.de

die **Sprotte**

Ohne Steuermann in schwere See



*Liebe Kielerinnen und Kieler,
zum Jahreswechsel präsentieren
wir wieder wichtige Themen, die
zur Zeit die Politik in der Kieler
Ratsversammlung bestimmen.
Wir hoffen, Ihnen damit einen Ein-
blick in unsere Arbeit und einen
Ausblick auf das politische Jahr
2011 zu ermöglichen.
Viel Spaß beim Lesen und ein
gesundes Jahr 2011 wünscht Ihnen*

*Ihr Stefan Kruber
Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion*

In stürmischen Zeiten ist das Schiff Landeshauptstadt Kiel führungslos unterwegs: Der Kapitän, Oberbürgermeister Torsten Albig, ist in Gedanken schon von Bord, seine Wirtschaftsdezernentin hat noch vor Ende ihrer Einarbeitungsphase beschlossen, sich nach Köln zu verabschieden, und der tüchtige Ordnungsdezernent Kurbjuhn soll nach nur einer Wahlperiode in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden. Diese Erosion an der Stadtspitze fällt in eine Zeit, in der in Kiel dringende Probleme gelöst werden müssen. Die Stadt wird spätestens 2014 ihr Eigenkapital aufgezehrt haben. Ebenfalls spätestens 2014 wird Kiel kurz- und langfristige Schulden in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro Schulden haben – etwa 4.500 Euro pro Einwohner. Damit würden sich Kiels Schulden seit Albigs Amtsantritt 2009 mehr als verdoppeln! Der Oberbürgermeister hat – nachdem er zunächst erklärte, man könne ohnehin nicht sparen – einen harten Sparkurs angekündigt – entsprechend den Forderungen der CDU-Ratsfraktion. Es ist leider bei Lippenbekenntnissen geblieben: Weder hat der Oberbürgermeister eine Mehrheit, die seinen Kurs mittragen würde, noch hat er ernsthaft den Willen, Kiel voranzubringen. Leider stellt er seine Karrierepläne über die Interessen der Stadt. Die CDU lehnt unbezahlbare Projekte wie die Stadtregionalbahn ab. Diese würde mehrere hundert

Millionen Euro an Investitionen und einen zweistelligen Millionenbetrag an jährlichen Zuschüssen kosten. Das Geld sollte in die Verbesserung der Kinderbetreuung, des Zustandes der Schulen und in den Schuldenabbau investiert werden. Kiel braucht sichere Arbeitsplätze und damit eine zukunftsfähige Wirtschaftsinfrastruktur. Kiel braucht einen Anschluss an die A 21, eine Ostuferentlastungsstraße und einen vernünftigen Anschluss des CITT-Parks an die Autobahn. Der Flughafen muss zu einem Gewerbegebiet mit Landebahn weiterentwickelt werden. Die Innenstadt muss attraktiver gemacht werden, insbesondere im nördlichen Teil. Kiel muss offen für Investoren sein. Nur wenn die Wirtschaftskraft wächst, kann Kiel auf Dauer der Schuldenfalle entgehen. Kiel braucht eine entschlossene, mutige Politik, die sich an der langfristigen Stärkung des Standortes orientiert. Statt um Wirtschaftsansiedlungen kümmert sich die Ratsmehrheit von SPD, Grünen und SSW lieber um ideologisch motivierte Straßenumbenennungen. Die Rot-Grüne Ratsmehrheit steht für Stillstand und verschreckt Investoren. Der Oberbürgermeister droht mit kulturellem Kahlschlag bei den Theatern, in der Sozialpolitik passiert nichts mehr. **Kiel hat Besseres verdient!**

Stefan Kruber, Fraktionsvorsitzender





G8 / G9: Koordinierung erforderlich

Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion ist die Novellierung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes insgesamt positiv zu bewerten. Folgende zentrale Punkte können herausgehoben werden:

- **Absage an die Rot-Grüne Einheitsschule – das differenzierte, an Begabung und Leistung orientierte Schulsystem wird gefestigt.**
- **Klares Bekenntnis zum Gymnasium – die Gymnasien bleiben die zentrale zum Abitur führende Schulart.**
- **Subsidiarität – Flexibilität und Eigenständigkeit für die Schulen werden gestärkt.**
- **Entbürokratisierung – die Schulen werden von überflüssiger Verwaltungsarbeit weiter entlastet.**

Die CDU-Ratsfraktion ist davon überzeugt, dass sich G8 nach den jetzt erfolgenden inhaltlichen und organisatorischen Verbesserungen auch in Schleswig-Holstein zu einem Erfolgsmodell entwickeln wird.

Stephan Ehmke, schulpolitischer Sprecher

Die Zukunft der Energieversorgung Kiels

Die rot-grüne Rathausmehrheit hat schon vor über zwei Jahren mit großem Getöse ihren Beschluss gefasst, keine Kohle mehr am Standort Kiel zu verfeuern. Demgegenüber hat die CDU-Ratsfraktion immer gefordert, die Entscheidung unideologisch und mit dem Ziel sozialverträglicher Preise nach ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten zu fällen. Seit 2008 gibt es keinen Fortschritt bei Rot-Grün, abgesehen vom Schwelgen in Wunschträumen. Dabei wird es langsam Zeit. Visionen zu haben ist schön, aber die Einwohnerinnen und Einwohner von Kiel haben es verdient, dass auch mal die eine oder andere große Entscheidung getroffen wird. Denn schon 2015 endet die Laufzeit des jetzigen Kraftwerkes, 2016 die Förderung für das als Nachfolger des bisherigen Kohlekraftwerkes angedachte GuD-Kraftwerk. Voran bringt man unsere Stadt aber nicht mit Ablehnungen, sondern nur mit sachkundiger Entschlossenheit. Kein einziger Stein auf dem Gelände wurde bisher bewegt, dafür von der Rathausmehrheit um so mehr Papier. Der ersten Fassung eines Konzeptes bescheinigten Fachleute allerdings schwere Mängel. Nun wird erst einmal nachgebessert. Es eilt allerdings ein wenig. Die Umwelt- und Energiepolitik der Kooperation in Kiel, die keine ist, hat nun zur Folge, dass

Kiel noch länger ein altes, wenig effizientes Kohlekraftwerk erhalten bleibt. Genau das hat keiner gewollt.

Robert Vollborn, umweltpolitischer Sprecher

Privatschulen in Kiel

Schulen in freier Trägerschaft – Privatschulen – werden auch in Kiel zukünftig an Bedeutung gewinnen. Zur Zeit verfügt die Landeshauptstadt über fünf Einrichtungen dieser Art; eine weitere befindet sich in der Gründungsphase. In diesem Jahr besuchen gut 1.800 Mädchen und Jungen die Kieler Privatschulen, das sind 7,9 % aller Schülerinnen und Schüler. Mit steigender Tendenz: die Wartelisten sind lang. Schulen in freier Trägerschaft sind mehr als nur Ergänzungs- oder Ersatzangebote zum öffentlichen System, sie stellen eine Sicherung gegen „Gleichschaltung“ im Bildungswesen dar. Die CDU hat sich stets zu den Schulen in freier Trägerschaft bekannt. Das Bundesprogramm der CDU Deutschlands erklärt sie zu einem „unverzichtbaren Bestandteil“ unseres Bildungswesens. Dem schließen wir uns in Kiel uneingeschränkt an.

Stephan Ehmke, schulpolitischer Sprecher

CDU-Ratsfraktion für gerechtere KiTa-Gebühren

Die CDU-Ratsfraktion setzt sich für eine gerechtere und dauerhafte KiTa-Gebührenstaffel ein. Bei einer Neuregelung sollen die vom Einkommen der Eltern abhängigen Gebühren anhand eines linearen Tarifes festgelegt werden, so dass es nicht durch Stufensprünge zu Ungerechtigkeiten kommt. Das Kindergeld soll bei der Berechnung unberücksichtigt bleiben und somit den Familien direkt für die Kinder zur Verfügung stehen. Auch soll die Gebührenstaffel erst oberhalb der

Pfändungsfreigrenze beginnen, so dass Leistungsempfängern und Geringverdienern mehr Geld verbleibt. Der Verwaltungsaufwand der Stadt wäre geringer, da die Vollstreckung nicht eintreibbarer Forderungen unterbleiben kann. Zudem bietet diese neue Sozialstaffel mehr Transparenz und für arbeitslose Eltern einen Anreiz, wieder eine Arbeit aufzunehmen.

Jan Wohlfarth, sozialpolitischer Sprecher



Bundeswehrstandort Kiel in Gefahr?

Mit enormem Einsatz ist in Kiel eine starke Allianz aus nahezu allen Bereichen der Gesellschaft gebildet worden, die sich für den Erhalt des Bundeswehrstandortes Kiel einsetzt. Kiel bietet, abgesehen von einer perfekten geographischen Lage, auch bestens abgestimmte Wohn-, Versorgungs- und Erholungsmöglichkeiten für die Soldatinnen und Soldaten und alle zivilen Mitarbeiter. Für die Stadt Kiel ist die Bundeswehr mit ihren zahlreichen Dienststellen wie zum Beispiel dem Wehrbereichskommando I Küste, dem Landeskommando, der Außenstelle der Wehrbereichsverwaltung Nord oder dem Sanitätskommando I ein unverzichtbarer Anker der örtlichen Wirtschaftsstruktur. Bereits die geplante Auflösung des MFG 5 und die Verlegung der Hubschrauber „Sea King“ nach Nordholz – und damit weit weg von dem wichtigen Einsatzgebiet Ostsee – ist äußerst kritisch zu sehen. Der Brand auf der Fähre Lisco



Gloria vom 9. bis 11. Oktober hat gezeigt, dass der Standort Kiel für eine funktionierende schnelle Seerettung in der Ostsee ideal ist. Die vorgesehene Aufgabe der bestehenden Strukturen in Holtenau ist nicht nachvollziehbar. Die Marine gehört zu Kiel wie zu keiner anderen Stadt in Deutschland, denn Kiel und die Marine sind untrennbar verbunden. Die CDU-Ratsfraktion ist dankbar für die aktuellen Leistungen von deutschen Soldatinnen und Soldaten zum Wohle unseres Landes und heißt sie in unserer Stadt stets willkommen.

Robert Vollborn, stellv. Vorsitzender

Verödung der nördlichen Kieler Innenstadt?

Die Gefahr einer Verödung der nördlichen Kieler Innenstadt ist unübersehbar! Die Schließung der Karstadt-Immobilie am Alten Markt ist ein schwerer Schlag für die obere Holstenstraße und die Einkaufsstadt Kiel. Und je länger der Leerstand dauert, um so katastrophaler werden die Folgen für die vorhandenen Läden der Umgebung und die gesamte nördliche Innenstadt. Hier manifestiert sich das Versagen der rot-grünen Kooperation! Die Stadt hat im Wettbewerb divergierender Interessenlagen den Kürzeren gezogen. Insbesondere die geforderte Sicherung der Durchlässigkeit des Komplexes auch außerhalb der Geschäftszeiten für die wesentlichen Wegeverbindungen und der zu erbringende Nachweis eines Verhältnisses Verkaufsfläche zu Wohnfläche von mindestens 4 zu 1 erweisen sich als überspannte Fantasterei rot-grüner

Schwärmer. Dabei kommt der Karstadt-Immobilie eine wichtige Schlüsselrolle als großer Frequenzbringer, als Magnet für die Innenstadt zu. Und es reicht eben nicht aus, wie vom grünen Dezernenten für Stadtentwicklung und Umwelt immer wieder betont, sogenannte „Leitplanken“ für den geplanten Geschäftshausneubau gesetzt zu haben. Diese verhindern nur schlimmste Unfälle. Von aktiv betriebener Gestaltungseinwirkung fehlt jede Spur! Die Standortqualität der Kieler Innenstadt insgesamt ist in Gefahr. Die CDU-Ratsfraktion ist im Rahmen der Beratungen des Haushalts 2011 antragsmäßig aktiv geworden und wird sich auch zukünftig für die Attraktivierung der oberen Holstenstraße sowie des Schlossstraßenareals einsetzen.

Wolfgang Homeyer, baupolitischer Sprecher

Airpark Holtenau – Zeit zur Entwicklung geben

Auch wenn es seit Ende 2006 keine Linienvflüge mehr gibt, hatte der Flughafen Holtenau 2009 noch mehr als 18.000 Flugbewegungen, verfügt über 200 unmittelbar oder mittelbar Beschäftigte, ist Heimat für 4 Luftsportvereine mit über 300 Mitgliedern und Basis für die Transplantations- und Operationsteam-Flüge am UKSH und somit ein wichtiger und notwendiger Standortfaktor für die Landeshauptstadt Kiel. Ende 2012 läuft der Pachtvertrag für das Flughafengelände aus, so dass jetzt eine Richtungsentscheidung für einen Weiterbetrieb oder eine Schließung erforderlich ist. Die Verwaltung hat nun ein Konzept für die Weiterentwicklung des Flughafens Kiel zu einem vitalen Gewerbepark mit Landebahn „Airpark Holtenau“ entwickelt. Das Konzept sieht vor, das Gelände so weit zu erschließen, dass sowohl eine Erweiterung der ansässigen als auch eine Ansiedelung neuer Firmen ermöglicht werden kann - evtl. in Kooperation mit dem Luftfahrtcluster Hamburg. Am Ende könnten so über 700 neue Arbeitsplätze im „Airpark Holtenau“ entstehen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Pläne ist die Übernahme der Anteile des Landes an der Flughafengesellschaft und der Ankauf des Geländes vom Bund. Die Verhandlungen dazu sind auf einem guten Weg. Die CDU-Ratsfraktion setzt sich mit einem breiten Bündnis aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik seit langem intensiv für eine wirtschaftliche Wertenutzung des Flughafens ein. Wichtig ist jetzt, der Entwicklung des Airparks die notwendige Zeit zu geben. Die CDU-Ratsfraktion wird darum kämpfen, dass die Entwicklung eine faire Chance und die notwendige Zeit bekommt.

Ralph Roick, wirtschaftspolitischer Sprecher

Wir machen uns für Sie stark.

